

# WORKSHOP SYNOPSE

Dezember 2021 | **Quincey Stumptner & Jasmin Kotzerke**

## Die Transformation des Energiesektors

Nachhaltigkeit ökologisch und sozial gestalten

Ein gemeinsames  
Projekt von



und



**Gesellschaftliche Transformationen sind generell komplexe und herausfordernde Prozesse. Die sozialökologische Transformation wird zusätzlich dadurch erschwert, dass für die Bewältigung der Klimakrise eine Vielzahl gesellschaftlicher Bereiche umgestaltet werden müssen. Dies wirkt notgedrungen auch viele soziale Fragen auf. Diese Fragen adäquat anzugehen und soziale Probleme nicht zu verstärken, macht die sozial-ökologische Wende zu einem besonders schwierigem Unterfangen.**

**Einem Teil dieser Herausforderungen widmet sich die dreiteilige Workshopreihe “Die Quadratur des Klimas: Verteilungsfolgen und Pfade der Großen Transformation”, die das Progressive Zentrum gemeinsam mit der Bonner Akademie für Forschung und Lehre Praktischer Politik veranstaltet hat. In den beiden ersten Workshops wurden Fragen des industriellen Wandels und der Verkehrswende bearbeitet. Der dritte, abschließende Workshop “Die ökologische Transformation des Energiesektors - Nachhaltigkeit sozial gestalten” brachte ausgewählte Vertreter:innen aus Wissenschaft, Politik und Gesellschaft zusammen, um Maßnahmen für eine sozial gerechte Energiewende zu diskutieren.**

Mit dem Bekenntnis zur Klimaneutralität 2045 wurde ein zeitlicher Rahmen für die Transformation des Energiesektors geschaffen. Dennoch gibt es immer noch Unklarheiten, wie konkrete Maßnahmen, genug Tempo und soziale Aspekte adäquat vereint werden können, um die Energiewende als gesamtgesellschaftliches Projekt umzusetzen. Der Fokus des Workshops lag auf strategischen Eckpunkten, die für eine erfolgreiche Implementierung der Maßnahmen essentiell sind; staatlichen Steuerungsmöglichkeiten, die für eine gerechte Verteilung sorgen können und der Frage, wie die Bevölkerung stärker in die Transformation eingebunden werden kann. Die Ergebnisse sind im folgenden zusammengefasst. Hinzuweisen ist darauf, dass die Diskussion vor Veröffentlichung des Koalitionsvertrags von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP stattfand.

### Strategische Rahmenbedingungen für eine neue Politik

Für das Ziel der Klimaneutralität 2045 ist nicht nur eine Stromwende wesentlich, sondern eine umfassen-

de Transformation aller Sektoren. Dennoch kommt dem Ausbau des Stromsektors eine Schlüsselrolle zu, um die Senkung der Emissionen um 65 Prozent bis 2030 zu erreichen. Mit den bisher bekannten Technologien und Instrumenten ist dies zu schaffen. Eine erfolgreiche Politik zur Transformation des Energiesektors sollte jedoch zugleich mehrere strategische Grundkonstanten mit einschließen. Zum einen geht es um die Vermeidung von Fehlinvestitionen. “Entschädigungsfallen”, wie der Ausstieg aus der Kohleverstromung sind teuer und verursachen hohe Kosten für Verbraucher- und Steuerzahler:innen. Diese gilt es langfristig zu vermeiden, indem die Rahmenbedingungen für Investitionen klar gesetzt werden und das Enddatum für Abschreibungen klimaschädlicher Investitionen auf spätestens 2045 festgelegt wird. Zweitens sollten sich politische Maßnahmen an der Steigerung der Energieeffizienz orientieren. Selbst wenn durch die Zurückdrängung fossiler Energieträger ein Rückgang des Primärbedarfs an Energie bis 2045 entsteht, braucht es eine massive Effizienzsteigerung in allen Bereichen der Energieerzeugung. Neben dem massiven Ausbau des Stromsektors sollten dabei mögliche Rebound-Effekte berücksichtigt werden,

welche die Klimagewinne einer gesteigerten Effizienz wieder zunichte machen können. Drittens sollte eine umfassende direkte Elektrifizierung in möglichst vielen Bereichen der Energieerzeugung schnell vorangetrieben werden, vor allem im Verkehrs-, Industrie- und Gebäudesektor. Die Transformation von Branchen, in denen keine direkte Elektrifizierung realisierbar ist (z.B. Stahl oder Chemie) kann mittels Einsatz von durch Strom klimaneutral erzeugten Wasserstoff gelingen (indirekte Elektrifizierung).

*„Um das Ziel Klimaneutralität bis 2045 zu erreichen, brauchen wir klare politische Entscheidungen und einen verlässlichen staatlichen Rahmen für Investitionsbedingungen. Es braucht Mut, eine ehrliche Debatte zu führen und wir müssen Konflikte aushalten, die aus dem Spannungsverhältnis zwischen Bürgerbeteiligung, klaren politischen Entscheidungen und mehr Tempo entstehen.“*

**Rainer Baake**

Für die schnelle Umsetzung eines so umfassenden Umbaus müssen vor allem träge Planungs- und Genehmigungsprozesse beschleunigt und der zeitliche Horizont von Infrastrukturkonzepten auf 2030 festgelegt werden. Eine gemeinsame Systemplanung im Strom- und Gassektor bildet die Grundlage für die direkte und indirekte Elektrifizierung. Für die Anbindung der Industrie an ein Wasserstoffnetz ist der Umbau des Gassektors hin zu Wasserstoff nötig, welcher durch die Umnutzung bestehender Infrastruktur gewährleistet werden kann.

## Vertrauen und Teilhabe als Voraussetzung

Neben der Notwendigkeit eines klaren Rahmens für die technische Umsetzung der Energiewende bedarf es für deren Erfolg auch einer breiten Akzeptanz innerhalb der Gesellschaft. Momentan liegt die Zustimmung in der Bevölkerung zur Energiewende mit 86 Prozent (Januar 2021) ungebrochen hoch,<sup>1</sup> doch gegen konkrete Projekte vor Ort formiert sich oftmals Widerstand. Die Hälfte der Befragten (52 Prozent) meinen, dass bei der Transformation die soziale Gerechtigkeit auf der Strecke bleibe und die Kosten unter den unterschiedlichen Einkommensgruppen ungerecht verteilt seien.<sup>2</sup> Gleichzeitig ist das Vertrauen in Politik und staatliche Institutionen seit Beginn der Pandemie (April 2020) im Vergleich zu Mai 2021 gesunken.<sup>3</sup>

Um die Akzeptanz der Energiewende und Klimaschutzpolitik auch über die eben begonnene Legislaturperiode hinaus zu stärken sowie das Vertrauen wiederherzustellen, müssen die Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen und eine angemessene Teilhabe der Bevölkerung an den Prozessen der Transformation gewährleistet sein. Das Modellprojekt des Landkreises Steinfurt zeigt: Teilhabe dämmt bestehende Unsicherheiten ein, stärkt Selbstwirksamkeit, erzeugt Möglichkeiten der positiven Identifikation und bildet so langfristig die Grundlage für Akzeptanz. Um auch marginalisierte Gruppen in solche Prozesse einzubinden und für die Energiewende zu gewinnen, braucht es innovative Beteiligungsformate (z.B. Bürger:innenräte), welche einen breiteren Zugang ermöglichen, als die vorhandenen repräsentativen und direktdemokratischen Verfahren. Zusätzlich kann das Vertrauen in die Energiewende von anderen Politikbereichen profitieren und beispielsweise über eine erfolgreiche Bewältigung der Pandemie zurückgewonnen werden. Dennoch besteht zwischen Akzeptanz, Teilhabe und der notwendigen Beschleunigung der Energiewende ein Spannungsverhältnis, welches offen adressiert werden sollte, um mit potenziellen Konflikten umgehen zu können.

*„Wir dürfen bei der Energiewende nicht nur über monetäre Fragen sprechen, sondern auch über Beteiligung. Niemand sollte sich von den Prozessen überrollt fühlen, sondern aktiv teil davon werden können, um sich so auch positiv damit zu identifizieren.“*

**Almut Petersen**

## Soziale Dimensionen mitdenken

Um ökologische, ökonomische und soziale Aspekte der Energiewende zusammenzudenken, lohnt sich ein Blick auf den rechtlichen Ordnungsrahmen. Würde das Steuer- und Abgabensystem sich etwa an Nachhaltigkeitskriterien orientieren, kann es mittels Lenkungssteuern auf Produkte oder Ressourcenverbrauch mit gesellschaftlichen Folgekosten zu einem effektiven und gerechten Klima- und Umweltschutz beitragen.<sup>4</sup> Denn erhöhte Steuereinnahmen durch Lenkungssteuern ermöglichen Spielräume zur Senkung anderer Steuern und Abgaben oder zur direkten Unterstützung von Haushalten und Unternehmen über Rückerstattungen und Fördermaßnahmen. Finanzielle Belastungen bestimmter Gruppen lassen sich so kompensieren und Verteilungskonflikte abfedern. Der CO<sub>2</sub>-Preis

könnte beispielsweise als ein Instrument in diesem Sinne verwendet werden. Bei einer Rückerstattung von Mehreinnahmen des Staates an die Bevölkerung sollten einkommensstarke Haushalte das Gros der Kosten tragen und einkommensschwache Haushalte idealerweise entlastet werden.

Ein sozial-ökologischer Ordnungsrahmen sollte sich aber nicht nur auf Abgaben und Steuern beschränken. Es geht auch darum, z.B. den Mindestlohn zu erhöhen, um mehr Sicherheit in unsicheren Zeiten zu schaffen oder auf Energieeffizienz beim sozialen Wohnungsbau zu achten. Die Einzelnen sollten nicht das Gefühl bekommen, dass durch die Transformation für sie nur Mehrkosten entstehen, sondern zusätzliche Ausgaben rückerstattet werden. Andernfalls lässt sich die notwendige Akzeptanz für eine Abschaffung von klimaschädlichen Subventionen (wie etwa der Pendlerpauschale) nicht erreichen. Zusätzlich sollte die Energiewende mit einer klimaneutralen Daseinsvorsorge einhergehen, die Wohnen und Mobilität mit einschließt.

*„Energiewende und Daseinsvorsorge, also Wohnen, Energieversorgung und Mobilität müssen gemeinsam gedacht werden sowie klimaneutral und erschwinglich sein. Die neue Bundesregierung muss es aus genau diesen Gründen schaffen, die Energiewende wieder zu einem Gemeinschaftswerk zu machen.“*

**Sabrina Schulz**

## Beschäftigungspolitische Aspekte einbinden

Ein weiterer Teil der sozialen Dimension sind die beschäftigungspolitischen Aspekte der Transformation. Da sich die technologische und infrastrukturelle Debatte in Deutschland vorrangig um die großen Branchen und Unternehmen dreht, geraten hier die energieintensiven klein- und mittelständischen Unternehmen (KMUs) häufig aus dem Blick. Doch kommt gerade ihnen aus beschäftigungspolitischer Sicht für die Energiewende eine große Rolle zu. Ein verlässlicher staatlicher Rahmen würde bestehende technische und infrastrukturelle Unsicherheiten auf Seiten der KMUs eindämmen – vor allem, wenn er als Grundlage für flankierende Beratungsstrukturen genutzt würde, um die momentane Möglichkeitslücke von KMUs in Bezug auf die Transformation hin zur Klimaneutralität zu schließen.

## Neuer Politikstil

Neben den genannten Aspekten ist ein klarerer politischer Stil nötig. Das bestehende Narrativ, das Ziel der Klimaneutralität bis zum Jahre 2045 und die damit einhergehende Notwendigkeit einer Transformation seien noch verhandelbar, sollte weiter entkräftet werden. In einen adäquaten Dialog eingebettet, kann dies zur Steigerung von Akzeptanz beitragen. Ein klarer politischer Stil bedeutet, politische Handlungsfähigkeit zu demonstrieren und nicht passiv auf Akzeptanz zu warten. Dafür braucht es Mut, Konflikte zu benennen und Kompromiss-Strategien zu entwickeln, welche eine verursacher:innengerechte Belastung priorisieren. Politischer Mut ist entscheidend, um eine diesen Namen verdienende Wende in der Energiepolitik anzustoßen, die ökologische, ökonomische und soziale Aspekte gleichermaßen mit einbezieht. Dem Spannungsverhältnis zwischen Bürger:innenbeteiligung, konsequenten Entscheidungen und deren raschen und zeitnahen Durchsetzung muss mit einer ehrlichen Debatte begegnet werden, wenn Konflikte minimiert oder abgewendet werden sollen.

## Ausblick

Die Transformation des Energiesektors ist mit vorhandenen Technologien und Verfahren schon jetzt umsetzbar. Was für ihren nachhaltigen Erfolg nötig ist, sind ein klarer wirtschaftspolitischer Rahmen, neue konkrete Beteiligungsformate für die Bürger:innen vor Ort, eine klare sozialpolitische Haltung und nachvollziehbare Instrumente, diese umzusetzen, sowie eine passende Erzählung der Energiewende. Diese ist mithin nicht nur eine technische Aufgabe, sondern zugleich ein gesellschaftliches bzw. gesellschaftspolitisches Projekt, welches die Vorteile einer Transformation zur Klimaneutralität betonen sollte, um damit aktiv zur Akzeptanz der Maßnahmen beizutragen.

## Endnoten

<sup>1</sup> Ingo Wolf/Dr. Anne-Kathrin Fischer/Jean-Henri Huttarsch, Soziales Nachhaltigkeitsbarometer der Energie- und Verkehrswende 2021, Kopernikus-Projekt Ariadne, Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK), Potsdam 2021, abrufbar unter: <https://ariadneprojekt.de/nachhaltigkeitsbarometer-2021/>

<sup>2</sup> ebd.

<sup>3</sup> Marius R. Busemeyer/Claudia Diehl/Thomas Wöhler/Ariane Bertogg/Susanne Strauß/Nevena Kulić/Felix Wolter, Vertrauen. Impfung. Unzufriedenheit. Radikalisierung. Wo die Coronakrise die Gesellschaft ungleicher macht. Universität Konstanz Cluster of Excellence “The Politics of Inequality”, Das Progressive Zentrum. Konstanz 2021, abrufbar unter: <https://www.progressives-zentrum.org/die-pandemie-trifft-nicht-alle-gleich/>

<sup>4</sup> Ariadne Kopernikus Projekt, Reformoptionen für ein nachhaltiges Steuer- und Abgabensystem, Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK), abrufbar unter: <https://ariadneprojekt.de/publikation/kurzdossier-reformoptionen-nachhaltiges-steuer-und-abgabensystem-lenkungssteuern/>

## Die Autor:innen



**Quincey Stumptner** ist Projektmanager im Programmbereich Strukturwandel des Progressiven Zentrums. Sein Fokus liegt auf Themen der wertorientierten Digitalisierung, Technologie- und Klimapolitik sowie sozialen Ungleichheiten. Er studierte Philosophie und Public Policy an der LSE (UK) sowie an der Universität Witten/Herdecke. Zuvor war er in der Technologiebranche, bei der GIZ und im NGO-Sektor tätig.

[quincey.stumptner@progressives-zentrum.org](mailto:quincey.stumptner@progressives-zentrum.org)



**Jasmin Kotzerke** ist seit Oktober 2021 Praktikantin im Programmbereich Strukturwandel des Progressiven Zentrums. Sie studierte Medien- und Politikwissenschaften in Dresden und an der Universität van Amsterdam. Während ihres Studiums unterstützte sie den Lehrstuhl Politik- und Wirtschaftskommunikation an der TU Dresden als studentische Hilfskraft.

[jasmin.kotzerke@progressives-zentrum.org](mailto:jasmin.kotzerke@progressives-zentrum.org)



**Das Progressive Zentrum** ist ein unabhängiger und gemeinnütziger Berliner Think-Tank, der 2007 gegründet wurde. Ziel des Progressive Zentrums ist es, gemäß dem

Dreiklang „Vordenken – Vernetzen – Streiten“ evidenzbasierte Politikideen und praxisorientierte Handlungsempfehlungen zu erarbeiten und öffentlich zu debattieren. Wir möchten mit unserer Arbeit dazu beitragen, qualitative Debatten zu führen, die politische Bildung und den internationalen Austausch zu fördern sowie neue Netzwerke progressiver Akteure unterschiedlicher Herkunft für den ökonomischen, ökologischen und gesellschaftlichen Fortschritt zu stiften.



Als An-Institut der Universität Bonn verfolgt die **Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP)** GmbH unter der Leitung ihres Präsidenten,

Prof. Bodo Hombach, das Ziel einer engeren Vernetzung zwischen wissenschaftlicher Forschung und beruflicher Praxis in Politik, Wirtschaft und Medien. An dieser Schnittstelle schafft sie als innovativer „Think Tank“ ein breites Lehr-, Forschungs- und Publikationsangebot und veranstaltet regelmäßig Expertenworkshops und öffentliche Diskussionsveranstaltungen.

## Impressum

© Das Progressive Zentrum e.V., 2021.  
Alle Rechte vorbehalten. Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten von Das Progressive Zentrum auch in Auszügen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

V.i.S.d.P.: Dominic Schwickert  
c/o Das Progressive Zentrum e.V.  
Werftstraße 3 | 10577 Berlin, Germany

Vorsitzende: Michael Miebach, Judith Siller, Katarina Niewiedzial, Thomas Kralinski

Geschäftsführer: Dominic Schwickert

[www.progressives-zentrum.org](http://www.progressives-zentrum.org)  
[mail@progressives-zentrum.org](mailto:mail@progressives-zentrum.org)  
[www.facebook.com/DasProgressiveZentrum](https://www.facebook.com/DasProgressiveZentrum)  
twitter: @DPZ\_Berlin

Grafik & Layout: Clara Toker & Johanna Siebert